Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Band: 96 (1999)

Heft: 2

Artikel: Freiwilligenarbeit Sozialarbeit : Gemeinschaftsdienst : Vermittlungsbüros in Berlin gehen neue Wege

Autor: Alfirev-Bieri, Charlotte

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-840509

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

willigenarbeit zu verbessern. In den kommenden Jahren wird eine wachsende Zahl von Menschen auf Leistungen des Sozialstaates und privater Organisationen angewiesen sein. Gleichzeitig werden die Budgets der öffentlichen Hand gekürzt, sinkt das Steueraufkommen, stagniert der Spendenfluss. In dieser Situation ist die Versuchung für staatliche und private Träger nicht von der Hand zu weisen, aus Kostengründen professionelle Sozialarbeit durch Freiwilligenarbeit zu ersetzen. Es ist wichtig dieser Tendenz vorzubeugen. Sie würde unweigerlich einen Qualitätsverlust sozialer Leistungen bedeuten. Eine der Massnahmen ist, Richtlinien auszuarbeiten, welche die Aufgabenteilung von Professionellen und Freiwilligen regeln und eine möglichst breite Akzeptanz im Sozialwesen finden.

Ein zweites wichtiges Arbeitsgebiet für die NPOs wird sein, die nötige Transparenz bezüglich des Umfangs von Freiwilligenarbeit zu schaffen. Die Organisationen werden offenlegen müssen, mit wie vielen Freiwilligen sie arbeiten, welche Pensen diese leisten und welche Qualifikationen sie sich dabei erwerben. Auch wenn hier noch methodische Probleme zu lösen sind, werden die Organisationen nicht darum herumkommen, die nötigen Mittel bereitzustellen und entsprechende Instrumente zu entwickeln. Die Kirchen haben hierzu eine Vorreiterrolle übernommen und erste Studien vorgelegt. Einige weitere Organisationen erarbeiten derzeit entsprechende Instrumente.

Verena Schorn,
Geschäftsführerin
LAKO Sozialforum Schweiz

Detailprogramme für die Diskussionsveranstaltungen sind ab Ende Januar erhältlich bei: LAKO Sozialforum Schweiz, Tel. 01/201 22 48, Fax 01/201 07 56 E-mail: lako@swiss-online.ch

Freiwilligenarbeit Sozialzeit – Gemeinschaftsdienst

Vermittlungsbüros in Berlin gehen neue Wege

Keine Gesellschaft funktioniert ohne Freiwilligenarbeit. In der Schweiz ist die Diskussion im Zusammenhang mit dem AHV-Bonus hochaktuell. Nicht alle, die das Hohelied der Freiwilligenarbeit singen, tun dies aus rein ethischen Motiven: Zu eng ist der Zusammenhang mit der Zukunft der sozialen Sicherheit in der Schweiz und deren Finanzierbarkeit. Zielkonflikte bestehen, aber die Auseinandersetzung um neue Formen der Freiwilligenarbeit ist dennoch unumgänglich.

Das menschliche Zusammenleben könnte ohne die Freiwilligenarbeit nicht existieren. Häufig wird Freiwilligenarbeit geleistet, ohne dass lange darüber nachgedacht wird, z.B. wenn soziale Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis und in der Nachbarschaft gepflegt werden oder die Menschen einander kleine oder grössere Dienstleistungen erbringen. Nach und nach hat vor allem in Europa im Zuge der Individualisierung der Gesellschaft der Staat einen Teil der früher von der (Gross-)Familie oder der Dorfgemeinschaft getragenen Aufgaben übernommen. Im Bereich der finanziellen Sicherung des Alters und der Invali-

dität ist diese Ablösung durch die staatlichen Sozialwerke AHV/IV, EL, ergänzt durch die 2. Säule, weitgehend erfolgt. Anders im Bereich der Kinderbetreuung: Hier ist die Schweiz einem traditionellen Familienmodell verhaftet, das inzwischen von der Realität überholt worden ist.

Ein nationales Hilfswerk könnte ohne den Einsatz von Freiwilligen kaum existieren. Aber die traditionelle Freiwilligenarbeit der Frauen aus dem Mittelstand ist mehr oder weniger ein Auslaufmodell. Dies hat die Caritas veranlasst, sich grundsätzlich mit dem Thema auseinander zu setzen. Die Geschichte der Freiwilligenarbeit und deren Chancen und Gefahren werden im 1998 erschienenen Positionspapier[1] der Caritas aufgezeigt.

Freiwilligenarbeit, Sozialzeit, Gemeinschaftsdienst, Kommunitarismus oder «community service»: Diese Begriffe haben alle einen gemeinsamen Kern – das Tätigwerden für die Gemeinschaft und die Mitmenschen – aber sie werden häufig unterschiedlich verstanden und verwendet. Dazu ein kurzer Überblick:

- **Traditioneller Gemeinschaftsdienst/ Gmeinwärch für Männer:** Der Gemeinschaftsdienst hat in der Schweiz über Jahrhunderte zurück reichende Wurzeln: die allgemeine Wehrpflicht für Militär und Feuerwehr, das «Gmeinwärch» (Arbeiten, die zugunsten des Dorfes oder einer Alpkorporation Pflicht waren) oder auch die Übernahme von politischen Ämtern (Amtszwang). Die Idee eines für alle obligatorischen Gemeinschaftsdienstes wurde vor rund zwei Jahrzehnten in der Schweiz durch eine Gruppe liberaler Offiziere, organisiert in der «Arbeitsgruppe Napf», wiederbelebt und in die politische Diskussion getragen. Das Ziel war unter anderem, dem Zivildienst zum Durchbruch zu verhelfen.

- **Obligatorischer Gemeinschaftsdienst:** Ausgehend von der Krise des Sozialstaates forderten z.B. Peter Füglistaler und Maurice Pedergnana einen persönlich zu erbringenden Gemeinschaftsdienst von mindestens 500 Tagen[2]. Die Betreuung von Hilfsbedürftigen und die Erziehungsarbeit im eigenen Haushalt sollen teilweise angerechnet werden. – Ökonomisch begründet ist ebenfalls die vom Basler Professor und Gesundheitsspezialisten Jürg Sommer vertretene Forderung, die jungen Alten (60- bis 80-Jährige) sollten die Betreuung der Hochbetagten übernehmen.

- **Sozialzeit:** 1981 verfasste der katholische Theologe und Sozialethiker Plasch Spescha seine Dissertation «Arbeit – Freizeit – Sozialzeit»[3]. Er forderte neben der bezahlten Erwerbsarbeit und der Freizeit einen Zeitraum für alle, um soziale und politische Verantwortung wahrnehmen zu können. Spescha legt Wert auf die Freiwilligkeit. Wenn heute von Sozialarbeit gesprochen wird, geschieht dies meist in Anlehnung an das von Professor Hans Ruh entwickelte Sozialzeit-Modell. Arbeit und Lohn sollen demnach teilweise entkoppelt werden, indem eine

[1] Caritas: Mehr freiwilliges Engagement im bedrängten Sozialstaat? 72 Seiten, Fr. 12.30. Zu beziehen bei Caritas Schweiz, Löwenstrasse 3, 6002 Luzern, Tel. 041/419 22 22, Fax 041/419 24 24.

[2] Peter Füglistaler, Maurice Pedergnana: Vision einer sozialen Schweiz, Haupt 1996. S. auch ZeSo/Zeitschrift für öffentliche Fürsorge 9/1996.

[3] Plasch Spescha: Arbeit – Freizeit – Sozialzeit: Mimeo. Biel 1993. – Spescha arbeitet heute bei der Römisch-katholischen Gesamtkirchgemeinde Biel und Umgebung und ist unter anderem für die Weiterbildung und Begleitung Freiwilliger zuständig.

Grundrente für alle – Ruh schlägt 1500 Franken pro Monat und Person vor – eingeführt wird. Diese Grundrente wäre die Basis für eine Sozialarbeit von Dienstleistungen, die am Markt nicht erhältlich, aber für Menschen und Gesellschaft sehr bedeutsam seien. Als Beispiele nennt Ruh: Ökologische Landwirtschaft, Altlastensanierung, Bauschuttsanierung, Kommunikation, Pflege und Sport bei älteren Menschen, Kultur, Sicherheit in den Zügen und auf Plätzen, Arbeit mit Behinderten. Der Sozialethiker fordert einen obligatorischen Sozialdienst, verteilt auf ein Jahr in der Jugend, als Wiederholungskurse durch das Leben und als Blöcke nach der Pensionierung.

- **Freiwilligenarbeit:** Nicht mehr das karitative, religiös begründete selbstaufopfernde Helfen steht heute in der Freiwilligenarbeit im Vordergrund, sondern eher ein zeitlich limitierter, projektbezogener Einsatz. Dieser sollte eine Erweiterung der eigenen Erfahrungen und der sozialen Beziehungen mit sich bringen. Verschiedene Organisationen setzen sich für die Förderung der Freiwilligenarbeit und deren öffentliche Anerkennung ein.[4] Unabdingbar für die Gesellschaft ist ebenfalls die nichtorganisierte, individuell im Familien- und Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft geleistete Sozialzeit.

- **Zweiter und dritter Arbeitsmarkt/Gegenleistungsmodell in der Sozialhilfe:** Im Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde durch die Pflicht, an Beschäftigungs- oder Weiterbildungsprogrammen teilzunehmen, bereits eine Gegenleistung für einen Sozialtransfer des Staates gesetzlich verankert. Verschiedene Kantone streben auch in der Sozialhilfe ein Gegenleistungsmodell an oder haben dieses zum Teil schon gesetzlich verankert. Einige Modelle betonen mehr die Pflicht des Sozialhilfeempfängers, eine individuell festgelegte Gegenleistung für die materielle Grundsicherung zu erbringen. Die SKOS legt den Akzent in ihren Richtlinien stärker auf die Verpflichtung des Gemeinwesens, den Sozialhilfebeziehenden ein Tätigkeitsfeld oder eine Weiterbildungsmöglichkeit anzubieten. Der Einsatz im zweiten oder dritten Arbeitsmarkt oder die Weiterbildung sollen die persönlichen Ressourcen und die soziale und berufliche Integration fördern.

GeGAV-Initiative gescheitert

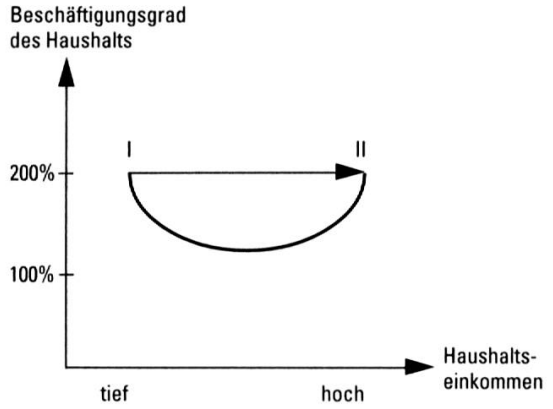
Mit dem Ziel, eine gerechtere Arbeitsverteilung zwischen Frauen und Männern in der Bundesverfassung zu verankern, wurde im September letzten Jahres von christlichen und gewerkschaftlichen Kreisen die GeGAV-Initiative (Gesellschaft für eine gerechte Arbeitsverteilung) lanciert. Die Frauen seien nicht nur bei den Löhnen diskriminiert, sie arbeiteten mit 70 Stunden wöchentlich durchschnittlich auch 20 Stunden mehr, begründete die Gewerkschafterin Denise Chervet Marshall (Druck und Papier) im letzten Herbst das Mitmachen der Gewerkschaften. Die Männer müssten somit 10 Stunden unbezahlter Arbeit zusätzlich übernehmen. Die Initiative forderte weiter Arbeit für alle, damit Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter «ihren Unterhalt durch bezahlte Arbeit zu angemessenen Bedingungen

[4] Benevol, Vermittlungs- und Beratungsstelle für Freiwilligenarbeit, Marktgasse 6, 4051 Basel, Tel. 061/261 74 24, Freiwilligenarbeit 061/261 74 04. – Koordination Freiwilligenarbeit im Kanton Bern, Schwarztorstrasse 22, 3007 Bern, Tel. 031/398 40 85, Fax 031/385 18 21. – Verein Koordination Freiwilligenarbeit, c/o Caritas Zürich, Beckenhofstr. 16, 8035 Zürich, Tel. 01/366 68 68, Fax 01/368 31 32.

bestreiten können» und die Möglichkeit, sich lebenslang weiterzubilden. Ohne eine gerechte Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit sei den Frauen auch mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht geholfen, betonte die Gewerkschafterin. Ohne Umverteilung würden die Löhne der Frauen weiterhin als Zusatzverdienst eingestuft, und sie müssten weiterhin unterbezahlte Stellen wählen, um ihre familiären und beruflichen Pflichten unter einen Hut zu bringen zu können. Die Männer dagegen könnten wie bisher ihrer beruflichen und politischen Karriere nachgehen und jene Strukturen festlegen helfen, die ihnen Vorteile brächten. Die Initiantinnen betrachteten die GeGAV-Initiative als eine eigentliche Frauen-Initiative, die vor allem von den Männern ein Umdenken und Neuorientierung verlangte.

Aber das Umdenken ist in der Schweiz ein träger Prozess: Es gelang der Trägerschaft der Initiative nicht, die nötige Basisbewegung auszulösen. Da in der wichtigen Anfangsphase zuwenig Unterschriften zusammenkamen und «GeGAV» ein unverständlicher Initiative-Titel blieb, mussten die InitiantInnen die Unterschriftensammlung einstellen.

Haushaltstypologie nach Einkommen und Beschäftigungsgrad



I: Doppelverdiener mit tiefem Haushaltseinkommen: Mehrfachbelastung der Frau durch Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kinderbetreuung.

II: Doppelverdiener mit hohem Haushaltseinkommen: Externalisierung der Hausarbeit und Kinderbetreuung.

I → II: Frau des Haushaltstyps ist im Haushaltstyp II erwerbstätig.

Aus: «Trotz Einkommen kein Auskommen», Caritas 1998.

Freiwilligenarbeit im Wandel

Das Reservoir für die Freiwilligenarbeit im Sozialbereich in der Deutschschweiz schrumpft. Frauen in Haushalten mit tiefen Einkommen müssen dazuverdienen und haben keine freien Kapazitäten für ein freiwilliges soziales Engagement. Nicht selten übernehmen sie Haus- und Erziehungsarbeiten für Frauen aus der Oberschicht, die gut ausgebildet und vollerwerbstätig sind. Die meisten Freiwilligen stammen aus der bürgerlichen Mittelschicht. Zwei Gründe sprechen dafür, dass deren Zahl inskünftig abnehmen wird: Erstens sind diese Frauen mit der wachsenden Unbeständigkeit auf dem Arbeitsmarkt zunehmend gezwungen, eine Berufstätigkeit auszuüben. Zweitens ziehen jüngere, gut ausgebildete Frauen einen frühen Wiedereinstieg in den Beruf einem freiwilligen Engagement vor. Die oben stehende Graphik zeigt den Beschäftigungsgrad nach den Haushaltseinkommen. Bei den unteren und den höheren Einkommensklassen ist dieser so gross, dass wenig Bewegungsspielraum für soziales Engagement übrig bleibt.

Wandel in der Freiwilligenarbeit

Die neuen Freiwilligen suchen Aufgaben, aus denen sie persönlich einen

Nutzen ziehen können, z.B. soziale Kontakte, Erfahrungen, die ihnen ihr spezialisiertes Berufsfeld nicht bieten kann, Gelegenheit, sich zu bewähren und die Berufskenntnisse einzubringen. Die Caritas studiert nun die Freiwilligenarbeit in Frankreich und Deutschland, um zukunftsgerichtete Alternativmodelle zu finden, die vom Hilfswerk übernommen werden könnten. Das «bénévolat», in der Romandie stärker verankert als in der Deutschschweiz, sei z.B. in Frankreich eine Selbstverständlichkeit, berichtet Carlo Knoepfel. Caritas Frankreich arbeite fast ausschliesslich mit Freiwilligen.

Freiwilligenbörsen in Berlin

In Deutschland folgten die Sozialorganisationen den Trends der Entwicklung der Freiwilligenarbeit zu langsam, sagte Henk Kinds[5] anlässlich eines Seminars in der Schweiz. Die Organisationen «klebten an alten Strukturen und altgedienten Politikern, Würdenträgern und deren Ehefrauen in Ehrenämtern». Die neuen Freiwilligen aber wollten, so Kinds, Raum für ihr Engagement – und sich nicht unbedingt an eine Sozialorganisation binden. Noch deutlicher wird Carola Schaaf-Derichs: «Gerade junge, dynamische, selbstbewusste Leute werden von dem Sozialmief ohne Anspruch nicht mehr erreicht.»

In Berlin wurden deshalb Freiwilligenbüros aufgebaut, die als professionelle Organisation die Akquisition, Beratung, Vermittlung, Betreuung und Fortbildung von freiwilligen Mitarbeitenden in allen gemeinnützigen Dienstleistungsbereichen sowie in der Entwicklung neuer Projekte fördern. Diesen Freiwilligenbüros gelingt es auch, zunehmend mehr Männer für Einsätze zu gewinnen – wobei die Freiwilligenbüros nicht aussschliesslich für den Sozialbereich tätig sind.

Kinds geht ebenfalls auf den Rollenkonflikt Professionelle – Freiwillige ein: «Die Hauptamtlichen müssen lernen, über ihren eigenen Schatten zu springen. ...Sozialorganisationen sollten sich der Freiwilligen bedienen, denn gerade diese interessieren sich ja für die aktuellen Fragen, nicht für Probleme von gestern.»

Gefahr des Kommunitarismus

In den USA sei der «community service», das freiwillige Engagement, praktisch eine Voraussetzung, um z.B. eine Kaderstelle zu erhalten, sagt Carlo Knoepfel. Schweizer Manager dagegen hätten kaum Zeit, sich ausserhalb ihre Berufes zu engagieren. Mit der amerikanischen Art des Kommunitarismus kann Knoepfel dennoch nicht viel anfangen. Die Freiwilligenarbeit gehe oft einher mit einer Art sozialer Kontrolle: Wer sich entgegen der Norm verhalte, werde darauf angesprochen. Diese Art der Einflussnahme auf das persönliche Verhalten haftete dann oft etwas Sektiererisches an, was etwa in den Anti-Raucher- oder Drogenkampagnen zum Ausdruck kommt. Die Betonung der Eigenverantwortung, verbunden mit Freiwilligenarbeit, stehe in den USA in einem engen Zusammenhang mit schwächer ausgebauten staatlichen Leistungen.

[5] Henk Kinds, Carola Schaaf-Derichs, Antonia Simon: Die neue Freiwilligkeit. In: Soziale Fragen an der Schwelle der Zukunft, Haupt 1995.

Für Knoepfel ist klar, dass neue Formen der Einsätze von Freiwilligen und der Anerkennung gefunden werden müssen, um neue Schichten anzusprechen. Sonst würden sich die Hilfswerke und andere Sozialorganisationen gegenseitig auf dem kleiner werdenden «Freiwilligen-Markt» konkurrenzieren. Zurückhaltend ist Knoepfel gegenüber einer «Monetarisierung» d.h. einer fiktiven oder tatsächlichen Berechnung des Wertes der Freiwilligenarbeit in Franken und Rappen. Weiter warnt Knoepfel vor einem Trugschluss: «Die Freiwilligenarbeit kann niemals Sozialversicherungsleistungen ersetzen. Sie kann aber Leistungen der öffentlichen Hand ergänzen.»

Charlotte Alfirev-Bieri

Berner Vermittlungsstelle für Freiwillige

Erst Voraussetzungen klären, dann neue Freiwillige rekrutieren

In enger Zusammenarbeit mit der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion der Stadt Bern will die neue Co-Leitung der Berner Vermittlungsstelle für Freiwillige die freiwillige Tätigkeit gezielt fördern und ausbauen.

Annemarie Minder (Leiterin Pro Senectute Bern-Stadt) und Beat Zobrist (Leiter Pro Infirmis Bern) führen neu gemeinsam die Vermittlungsstelle für Freiwillige Bern. Nach zehnjähriger Amtszeit trat Gilbert Vez im Oktober zurück. Rund 150 Freiwillige, vorwiegend Frauen, wurden im letzten Jahr für etwa 200 kurz- und langfristige Einsätze bei betagten, behinderten oder kranken Menschen vermittelt. Die Nachfrage ist allerdings grösser. Deshalb liess die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion ein «Konzept zur organisierten freiwilligen und ehrenamtlichen Tätigkeit in der Stadt Bern» erstellen. Demnach wollen 66 von 79 befragten Institutionen sich stärker um den Einsatz von Freiwilligen bemühen.

Laut Annemarie Minder und Beat Zobrist ist es noch zu früh, die Bevölkerung zu vermehrter freiwilliger Arbeit aufzurufen. Zuerst müsse zusammen mit den Einsatzinstitutionen festgelegt werden, unter welchen Rahmenbedingungen (Aus- und Weiterbildung, Spesenentschädigung, Unfallversicherung, Anerkennung) diese Arbeit zu leisten sei. Wichtig sei zudem, dass die Freiwilligen in ihre Arbeit eingeführt und beraten würden. Das Co-Präsidium der Vermittlungsstelle unterstützt den Ausbau der Freiwilligenarbeit. Er werde nötig durch die demographische Entwicklung, die unerfüllten Bedürfnisse vieler Menschen mit einer Behinderung und die beschränkten staatlichen Finanzen. Dabei gehe es nicht um die Konkurrenzierung der Profis: Vielmehr stelle sich ihnen mit der Begleitung der Freiwilligen eine neue Aufgabe.

pd/gem